Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 15. Dezember 2001 | 112. Jahrgang Nr. 31.332

Gipfeltreffen

(AP-Foto)

Buenos Aires (AT) - In einem von beiden Politikern im Anschluss als „positiv“ eingeschätzten Gipfeltreffens hat PJ-Chef Carlos Menem am Donnerstag Staatspräsident Fernando de la Rúa seine Unterstützung zugesagt. „Ein patriotischer Pakt ist notwendig“ sagte de la Rúas Amtsvorgänger nach der 90-minütigen Unterredung in der Casa Rosado. Beide Seiten müssten ihre Differenzen überwinden und anfangen, gemeinsam die Zukunft aufzubauen“. Er könne jedoch nicht für die PJ-Gouverneure sprechen, schränkte der 71-Jährige ein.

An dem ersten offiziellen Treffen der von Präsident de la Rúa vor rund drei Wochen geforderten Konzertierung nahmen auch Kabinettschef Chrystian Colombo, Präsidialsekretär Nicolás Gallo, Innenminister Ramón Mestre sowie Wirtschaftsminister Domingo Cavallo teil. Menem wurde unter anderen von seinem Bruder Eduardo Menem, dem PJ-Vize Rubén Marín, sowie dem ehemaligen Präsidialsekretär Alberto Kohan begleitet.

Sowohl de la Rúa als auch Menem sprachen sich gegen eine Abwertung des Peso aus. Eine solche hätte „desaströse“ Folgen für das Land, sagte Menem. De la Rúa versprach zugleich eine „sofortige“ Antwort auf den von Menem vorgetragenen Plan „Primero la patria“. Darin wird neben einer Überarbeitung des Finanzausgleichs mit den Provinzen eine Dollarisierung der argentinischen Wirtschaft gefordert. Dies wird von der Regierung bislang genauso abgelehnt wie von Menem-kritischen Teilen des PJ.

Argentinien lahm gelegt

Streik gegen Wirtschaftspolitik

Buenos Aires (dpa/AT) - Ein landesweiter Streik in Argentinien gegen die Wirtschafts- und Sparpolitik der Regierung und das teilweise Einfrieren der Konten hat das Land am Donnerstag weitgehend lahm gelegt. Seit der Amtsübernahme von Präsident Fernando de la Rua vor zwei Jahren was es bereits der siebte Generalstreik. Im gesamten Land kam es bei dem Ausstand, zu dem der Gewerkschaftsdachverband CGT und die Dissidenten-CGT gemeinsam aufgerufen hatten, zu Straßensperren und Protestmärschen gegen die de la Rúa-Administration.

Mit Che Guevara gegen de la Rúa: Straßensperre vor den Toren von Buenos Aires.

(AP-Foto)

In der öffentlichen Verwaltung ruhte am Donnerstag zumeist die Arbeit. Der Ausfall öffentlicher Transportmittel verhinderte, das arbeitswillige Angestellte zur Arbeit kommen konnten. CGT-Generalsekretär Rodolfo Daer schätzte die Streik-Beteiligung auf „zwischen 75 und 98 Prozent“. Die Regierung dementierte diese Zahlen umgehend und sprach von „59 Prozent“.

Größere Zwischenfälle aus der Bundeshauptstadt Buenos Aires wurden nicht bekannt. In Vicente López wurde ein Bus in Brand gesetzt, der trotz des Streiks aus dem Depot gefahren waren, andere wurden mit Steinen beworfen. Auch im Seebad Mar del Plata stoppten Demonstranten Busse, verletzt wurde dabei niemand.

In Neuquén randalierten zahlreiche Manifestanten, im Zentrum der Provinzhauptstadt gingen mehrere Fensterscheiben zu Bruch. Die Polizei setzte Tränengas gegen die Demonstranten ein. Bei den Auseinandersetzungen wurden mehrere Personen verletzt. Auch in Córdoba und Rosario kam es zu Ausschreitungen.

Bereits am Vorabend des Streiks hatten Hunderttausende von Bürgern der Hauptstadt mit Hupkonzerten und ohrenbetäubendem Kochtopfschlagen ihrem Zorn über die desolate Wirtschaftslage Luft gemacht.

Nach dreieinhalb Jahren Wirtschaftskrise sind nach Zahlen des Statistikamtes INDEC bis zu 40 Prozent der aktiven Bevölkerung von Arbeitslosigkeit oder Unterbeschäftigung betroffen. Die teilweise Einfrierung der Bankkonten löste wegen Bargeldmangels im Einzelhandel Umsatzeinbrüche von durchschnittlich 50 Prozent aus.

Wirtschaftsminister Domingo Cavallo versucht mit Einsparungen im öffentlichen Dienst und bei den Renten das Haushaltsdefizit zu drücken, damit der Internationale Währungsfonds (IWF) eingefrorene Milliardenhilfen wieder freigibt. Die Maßnahmen liefen jedoch bisher ins Leere, weil das Steueraufkommen durch die weit verbreitete Steuerhinterziehung und die Rezession noch schneller zurückging.

Das Steueraufkommen schmolz in diesem Jahr noch schneller ab, als der Staat seine Ausgaben zusammenstreichen konnte. Der Internationale Währungsfonds (IWF) fror deshalb Anfang Dezember seine Hilfsgelder ein. Ohne diese Hilfen könnte Argentinien schon bald seine Zahlungsunfähigkeit erklären müssen.

SERVICIOS DIGITALES

www.multimedia.com.ar

O'Higgins 4380 - CP 1429 - Buenos Aires - Repœblica Argentina
Tel/Fax: (54-11)4704-0977 - info@multimedia.com.ar

Halbzeit

Am vergangenen Montag, dem 10. Dezember, vollendete Präsident de la Rúa die erste Hälfte seines vierjährigen Mandats. Die Halbzeit erlebte der Staatschef inmitten der schlimmsten Finanz- und Wirtschaftskrise seiner 24monatigen Amtsführung, die von einer Krise in die nächste taumelte.

Der Präsident hat in seiner Halbzeit zahlreiche Minister im Kabinett verschlissen. Seine Verwaltung hat sich als denkbar labil entpuppt, ohne je ein eigenes Profil zu gewinnen. Auch für die zweite Halbzeit werden ihm keine stabilen politischen Verhältnisse zugetraut.

Wie erinnerlich, siegte de la Rúa mit Carlos „Chacho“ Alvarez als Vizepräsident in den Präsidentschaftswahlen vom Oktober 1999 mit bequemer Mehrheit über das justizialistische Gespann des Gouverneurs Eduardo Duhalde der Provinz Buenos Aires mit Senator Ramón „Palito“ Ortega als Formelpartner, der vorher Gouverneur der Provinz Tucumán gewesen war.

Die Parteienkoalition der UCR mit dem Bündnis Frepaso, genannt die Allianz, hatte De la Rúa und Alvarez zum Sieg verholfen, ohne der neuen Regierung jedoch eine echte und solide Parteienbasis zu verschaffen. Die Koalition bröckelte bald auseinander, zumal nachdem Vizepräsident Alvarez als Folge des Korruptionsskandals im Senat plötzlich und unerwartet demissionierte. Seither hat sich Alvarez aus der Politik herausgehalten, in der er zumal in den Medien eine überragende Rolle gespielt hatte. Nach Alvarez demissionierten andere Mitglieder seines Parteienbündnisses Frepaso, ebenso wie auch Politiker der UCR ausscherten. Die Deputierte aus Chaco, Elisa „Lilita“ Carrió, gründete sogar die eigene Hauspartei ARI in deutlicher Konfrontation zur Regierung de la Rúas mit ätzender Kritik am Vorgänger Carlos Saúl Menem.

Nach zwei Jahren hat de la Rúa den grössten Teil seiner politischen Stützen verloren. Nur ein kleiner Teil der ihm freundlich gesinnten UCR-Politiker steht zum Präsidenten, während die meisten anderen Parteikommilitonen dauernd Kritik üben, zumal seit der Ernennung Domingo Cavallos zum Wirtschaftsminister Ende März 2001.

Paradoxerweise ist es der Exekutive unter de la Rúa gelungen, die meisten Gesetzesvorlagen kritischer Bedeutung jeweils im Kongress durchzupeitschen, in dem die Opposition der Justizialisten und der Provinzparteien die Mehrheit in beiden Kammern behaupten. Offenbar stellte sich die eigene parteipolitische Schwäche de la Rúas als seine Stärke heraus, da die oppositionellen Parlamentarier stets für Beschlussfähigkeit sorgten und zuweilen auch mit ihren Stimmen zur Verabschiedung gewünschter Gesetzesvorlagen beitrugen. Die weltweit übliche Mathematik der Stimmenmehrheiten im Kongress trifft in Argentinien unter der verstrittenen Allianzregierung offenbar nicht zu. Hier gelten andere ungeschriebene Regeln, die zuweilen keineswegs leicht festzustellen sind.

Obwohl die Allianz mit einem Programm, das allen etwas versprach, an die Regierung gelangte, konnte sie ihre Postulate nur teilweise verwirklichen, insbesondere ihre Umverteilungspolitik, durch die die Einkommen vermögender Geschäftsführer und Unternehmer an Minderbemittelte umverteilt werden sollten. Das Ergebnis erwies sich als verheerend, indem die Wirtschaft in zwei Jahren von der ererbten Rezession in eine schwere Depression schlitterte, die Arbeitslosigkeit gewaltig zunahm und die Armut sich überall verbreitete, während die Sparer mit ihren Depositen ins Ausland flohen. Von Vertrauen, ohne das keine Wirtschaft funktionsfähig ist, keine Spur.

In der Halbzeit ist de la Rúa mehr denn je zuvor auf die politische Unterstützung der Opposition angewiesen. Das sind die Parteiführer Carlos Saúl Menem im Vorstand und Eduardo Duhalde im Parteitag der Justizialisten, beide wiederum untereinander zerstritten, ferner die 14 Gouverneure, darunter diejenigen der drei grössten Provinzen Buenos Aires, Córdoba und Santa Fe, sowie die Senatoren mit eigener Mehrheit im Oberhaus und die Deputierten als erste Minderheit, die mit Provinzparteilern auch die Mehrheit im Unterhaus beherrschen.

Diese parteipolitische Konstellation haben die Bürger am 14. Oktober gewählt. Die Exekutive in Händen des Radikalen Fernando de la Rúa als damals siegreicher Kandidat der gewesenen Allianz und die Legislative in Kontrolle der Justizialisten, die ihrerseits in mehrere Fraktionen gespalten sind, während der Oberste Gerichtshof, sofern politische Entscheidungen fallen, nach wie vor auf den früheren Präsidenten Carlos Menem hört, der die Mehrheit der neun Richter ernannt hat. Die Spitzenpolitiker bleiben sich in wechselnden Rollen immer treu, als ob es keine Wirtschafts-, Finanz- und Sozialkrise gäbe.

Randglossen

Die tiefgreifende Wirtschafts- und Sozialkrise bewirkt politische Wunder wie der überraschende Vorstoss von elf justizialistischen Provinzgouverneuren zugunsten der Einberufung einer Konstituante. Bezweckt ist die Halbierung der Deputiertenkammer von jetzt 257 Abgeordneten und die Verringerung auf ein Drittel der 72 Senatoren, so dass 2003 keine Parlamentarier und 2005 nur die Deputierten gewählt werden würden, damit 24 Senatoren gleichviele Gliedstaaten im Oberhaus vertreten. Ausserdem sollen die verschiedenen Kontrollämter auf den traditionellen Rechnungshof wie früher reduziert, der Richterrat soll abgeschafft und der Präsident soll wie weiland durch Wahlmänner erkoren werden. Diese nahezu revolutionären Empfehlungen der Gouverneure zielen darauf ab, die Politikkosten fühlbar zu senken und den kleinen Provinzen mehr Gewicht bei der Wahl des Präsidenten zu verschaffen. Ob die Gouverneure der grossen Provinzen und die Parlamentarier im Kongress zwei Drittel der Stimmen für die Einberufung der Konstituante aufbringen, muss freilich bezweifelt werden. Politiker schneiden sich ungern ins eigene Fleisch.

Die konzertierte Aktion, auf welche Präsident de la Rúa offenbar grossen Wert legt, kommt nicht vom Fleck. Industrielle, Bauunternehmer und Gewerkschafter sind erbost über die Eröffnungen des Wirtschaftsministers Cavallo, nach denen im Gefolge der Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds gewisse Steuergeschenke rückgängig zu machen sind, weil dem Haushalt 2002 über 4 Milliarden Pesos oder Dollar zugeführt werden müssen, damit es mit dem gesetzlichen Nulldefizit ernst wird. Bisher hat das diesbezügliche Gesetz nicht gefruchtet, weil Nationalstaat und Provinzen munter mehr Geld ausgeben als sie an Steuern einnehmen und für den Fehlbetrag den Gläubigern Staatstitel aufbrummen, die sie freiwillig nicht einmal im Traum zeichnen würden. Steuererlässe werden mit Kusshand genommen, aber in Tränen verabschiedet, zumal in Argentinien, wo die Steuerhinterziehung als nationaler Sport Weltruhm wie im Fussball erlangt hat.

Beginn des Dialogs zwischen Regierung und PJ

Zentrales Thema des Treffens
Übereinstimmung über den Haushalt 2002

Überraschend ist es am Dienstag zum ersten Treffen zwischen der Regierung und dem PJ gekommen. Schauplatz war das Gebäude des Außenministeriums. Teilnehmer auf der Regierungsseite waren Präsident Fernando de la Rúa, die Minister Domingo Cavallo (Wirtschaft), Ramón Mestre (Innen), Adalberto Rodríguez Giavarini (Äußeres) und Kabinettschef Chrystian Colombo. Die Peronisten waren mit sieben Gouverneuren präsent, Carlos Rovira (Misiones), Eduardo Fellner (Jujuy), Néstor Kirchner (Santa Cruz), Juan Carlos Romero (Salta), Adolfo Rodríguez Sa (San Luis), Julio Miranda (Tucumán) und Gildo Insfrán (Formosa). Die justizialistischen Provinzmandatare hatten außerdem den neuen provisorischen Senatspräsidenten Ramón Puerta mitgebracht.

Sowohl die Präsenz de la Rúas als auch die Anwesenheit des halben Kabinetts ist zweifellos als Signal an die Adresse des PJ und nicht zuletzt an die Gesellschaft dafür aufzufassen, welche Dringlichkeit die Regierung einer politischen Übereinstimmung beimißt. Die wichtigsten Punkte sind dabei entsprechend ihrer Bedeutung für die Regierung der Haushalt für 2002, ein neues Gesetz über die föderative Steuerbeteiligung, der Abschluss der Staatsreform und die Vereinbarung eines Grundschemas für die Sozialpolitik. Wie verlautet, könnte da noch das eine oder andere Thema hinzukommen, doch werde es am Ende keine lange Liste sein, denn in den meisten Fällen sei eine Einigung un-möglich.

Niemand in der Casa Rosada übersieht die Probleme, an denen die Regierung leidet und die deren Glaubwürdigkeit untergraben. Doch ebensowenig übersieht man, daß dem Peronismus kein allzugroßer Spielraum für eine Entspannung der schwierigen Situation bleibt, weil er das Risiko auf sich nimmt, ‚politische Kosten‘ zu bezahlen, wenn doch alles schiefgeht.

In der Regierung wird außerdem hoffnungsvoll eine Entscheidung der Kirche erwartet. Dabei geht es um die Übernahme einer zentralen Vermittlerrolle in einem Aufruf der Sektoren der Arbeit und Produktion sowie der nichtregierungsgebundenen Organisationen durch die Kirche. Ziel ist am Ende die Vereinbarung eines Maßnahmenkatalogs zur Bekämpfung der sozialen Krise.

Am Ende des Treffens von de la Rúa, den Ministern und dem Kabinettschef mit den sieben Gouverneuren erklärte Néstor Kirchner, Mandatar in Santa Cruz, gegenüber den Journalisten, sie (die Gouverneure) seien über die Verhandlungen mit dem Weltwährungsfonds informiert worden, hätten aber keine Meinung dazu geäußert und ebensowenig irgendwelche Versprechungen ge-macht.

Die Gouverneure und Puerta begaben sich danach unmittelbar zum wenige Häuserblöcke entfernten „Consejo Federal de Inversiones“ (CFI, Bundesrat für Investitionen), wo sie der Rest der justizialistischen Gouverneure erwartete. Das Problem der Provinzmandatare ist die Schwierigkeit, eine einige Position für die Diskussion zu finden. Im PJ sind drei verschiedene Auffassungen vertreten. Es sind da die von der sogenannten föderativen Gruppe, die für den Dialog aufgeschlossen, doch in geharnischter Opposition zu Cavallo stehen.

Es sind zum zweiten die drei großen Provinzen, deren Gouverneure Carlos Ruckauf, José de la Sota und Carlos Reutemann konzillianter sind, doch besorgt über eine Beeinträchtigung ihrer Chancen als Präsidentschaftskandidaten. Nicht zu vergessen ist andererseits der Wiederauftritt von Carlos Menem auf der politischen Bühne, der am Dienstag neuerlich für Argentinien die Dollarisierung forderte.

WOCHENÜBERSICHT

Gehaltskürzung

Daniel Sartor, Minister für soziale Entwicklung, muß auf Grund eines Vetos der Überwachungsbehörde für die Staatsausgaben (SIGEN) sein Gehalt in Höhe von 8.000 Pesos brutto kürzen. „Sartor hat sich selbst ein Gehalt verordnet, das die Grenze des Zulässigen überschreitet und dem des Chefs der Kabinettsminister entspricht“, verlautete dazu aus der SIGEN. Hinsichtlich des Bruders von Sartor, den der Minister mit einem Monatsgehalt von 7.500 Pesos im Ministerium beschäftigte, erklärte ein SIGEN-Sprecher, dieser habe bereits eine Gehaltskürzung hinnehmen müssen. Er verdiene nur noch 4.000 Pesos.

Argentinier für Kabul

Präsident Fernando de la Rúa hat am Mittwoch offiziell die Entsendung argentinischer Soldaten nach Afghanistan angekündigt, die dort an einer UN-Friedensmission teilnehmen werden. Derzeit laufen die Vorbereitungen für das argentinische Blauhelm-Kontingent, das noch im Laufe des Dezember abreisen soll.

Mord in Corrientes

Der gewählte Bürgermeister von Mercedes (Corrientes), der Radikale Santiago Prado, ist am Sonntag, wenige Stunden vor seiner Amtsübernahme erschossen aufgefunden worden. In der Nacht von Sonntag auf Montag wurde die Ehefrau Prados festgenommen, wurde aber wenig später wieder freigelassen. Wie verlautet, wird Selbstmord als Todesursache nicht ausgeschlossen. Prado war eng mit dem gleichfalls Radikalen Ricardo Colombi befreundet, der am Montag nach zweijähriger Intervention der Provinz sein Amt als neuer Gouverneur antrat.

Seineldín-Revision

Der Ex-Oberst Mohamed Alí Seineldín hat bekanntgegeben, dass er seine Freilassung fordern will, um gegen den Ex-Präsidenten Carlos Menem kämpfen zu können, der nach seiner Entlassung „ein Programm der Auslieferung“ des Landes an den „internationalen Imperialismus“ gestartet habe. Seineldín verbüßt eine Haftstrafe wegen seiner Eigenschaft als Anführer einer Militärerhebung vor elf Jahren.

„Forum der Hoffnung“

Das Kirchensozialwerk in Córdoba befürwortet die Schaffung eines „Forums der Hoffnung“, in dem im Rahmen eines ständigen Dialogs „Alternativen zum derzeitigen Wirtschaftsmodell“ diskutiert werden sollen. An diesem Forum sollen Vertreter aller gesellschaftlichen Sektoren teilnehmen. „Pastoral Social“-Vorsitzender Horacio Saravia versicherte in diesem Zusammenhang, dass die durch den Prozeß der Globalisierung vorgegebenen Wirtschaftsgrundlagen, die in dem derzeitig zur Anwendung kommenden Modell zum Ausdruck kämen, eine entmenschlichende Wirkung auf die Gesellschaft zur Folge hätten.

Menschenrechte

Anlässlich des Internationalen Tages der Menschenrechte hat am Montagvormittag im Palacio San Martín ein feierlicher Akt stattgefunden, den Außenminister Adalberto Rodríguez Giavarini präsidierte. Die Organisation oblag mit der Förderung durch die UN dem Außen- und Justizministerium. Unter den zahlreichen Teilnehmern Justizminister Jorge de la Rúa, UN-Vertreter Carmelo Angulo, und der Direktor des Institutes gegen Diskriminierung INADI.

Geschrumpfte Fraktion

Ungeachtet dessen, dass Dario Alessandro, ehemals parlamentarischer Verbündeter von Carlos „Chacho“ Alvarez, statt einer 16-köpfigen Fraktion nur acht Abgeordnete geblieben sind, wird er weiterhin als Fraktionschef fungieren. Hinter Alessandro scharen sich unter anderen Nilda Garré, Rodolfo Rodil und Cristina Zuccardi, die Frau des Ex-Arbeitsministers der Allianz, Alberto Flamarique.

Barrionuevo-Kritik

Luis Barrionuevo, streitbarer Gewerkschafter und Abgeordneter, hat erneut Präsident Fernando de la Rúa und Wirtschaftsminister Domingo Cavallo kritisiert. „Die Radikalen taugen nicht für’s Re-

Menems Kritik mit Ironie und Schärfe

Ex-Präsident stellte sein Buch „Weg zum Sieg“ vor

Ex-Präsident Carlos Menem stellte am Montag in einem Hotel der Innenstadt sein Buch „Der Weg zum Sieg“ in einem Saal vor, in dem sich über 300 überzeugte Menemisten drängten. Ein ausgeruhter und wie je zuvor streitbarer Parteivorsitzender hielt vor den Anwesenden, darunter Jorge Castro, der die einführenden Worte sprach, Ex-Außenminister Guido Di Tella, Daniel Scioli, Jorge Rodríguez, Martha Alarcia und seinem Neffen Adrian, eine Rede. Diese war gezeichnet von kritischer Ironie und Schärfe.

Vor der Versicherung Menems am Ende seiner Rede, er sei der „Adler aus der Provinz Rioja, der wieder fliegt“, schoss er in der Einleitung die erste Breitseite ab: „Wir haben immer gewußt, dass sie nicht das Zeug dazu haben, um Regierungsverantwortung zu übernehmen und mit der Regierungsgewalt umzugehen; sie haben doch auch schon zu Beginn gezeigt, dass sie unfähig selbst für den Verkauf eines Flugzeuges waren“, versicherte der Ex-Präsident sich auf die Allianz beziehend. Politischen Beobachtern schien es, dass sich Menem für alle erlittene Unbill revanchieren wollte, und das bis zum Versprechen von Fernando de la Rúa, den von seinem Vorgänger so geschätzten Luxusflieger zu verkaufen. Allerdings scheiterte der Verkauf an sehr mageren Preisangeboten und de la Rúa gewöhnte sich inzwischen an die Wohltaten Menemschen Luxus.

Der Ex-Präsident erinnerte mit seiner geharnischten und manchmal ironischen Schelte an den Fernando de la Rúa von 1999. Er beklagte, dass die Regierung der Allianz die Zahl der Arbeitslosen vergrößert, an der Bildung und Sozialhife eingespart und das Rentnersozialwerk PAMI ruiniert habe. Dazu beschuldigte Menem die Regierung, die Rechtssicherheit gefährdet zu haben.

„Zwei Jahre sind vergangen, doch schienen sie ein Jahrzehnt, eine Ewigkeit, weil es eine langsam entscheidende Regierung ist; andererseits aber muss anerkannt werden, dass sie eine enorme Geschwindigkeit beim Zerstören hat“, erklärte Menem am Anfang seiner Rede, die er vom Blatt las. Doch verzichtete er nicht darauf, den vorgegebenen Text zu unterbrechen und ironische Floskeln hinzuzufügen, was von den Zuhörern jeweils mit Sonderapplaus honoriert wurde. In Sprechchören wurde „Menem, Präsident“ verlangt und gefordert, „die anderen sollten gehen“, nämlich die Allianzregierung.

Die Vorstellung des Buches, einer Zusammenfassung der Reden und Artikel Menems nach seinem Abgang aus der Regierung, schien allerdings nur der Aufhänger einer Veranstaltung, in der Menems Wiederauftritt auf der politischen Bühne gefeiert wurde. Eben deshalb gefiel es Menem am Ende von den Adlern zu sprechen, „die sich nach 35 Jahren Flug für fünf Jahre in eine selbstgewählte Klausur zurückziehen, um ihren Schnabel, ihre Federn und ihre Krallen zu regenerieren; danach können die Adler dann weitere 35 Jahre fliegen“.

gieren. Wir werden von einem Dummkopf regiert und damit nicht genug, haben wir einen Verrückten als Minister", erklärte Barrionuevo und fügte hinzu: „Das hört bald auf, der countdown hat bereits begonnen."

Italienischer Besuch

Der italienische Vizeaußenminister Mario Baccini ist in dieser Woche zu einem Besuch nach Argentinien gekommen. Baccini wurde am Donnerstag von Präsident Fer-nando de la Rúa zu einem Gespräch in der Casa Rosada empfang. Im Verlauf des Besuches unterschrieb der Gast aus Italien das Protokoll über die Durchführung des Wissenschafts- und Kulturabkommens und über die Zusammenarbeit im Bildungsbereich. Außerdem wurde ein Abkommen im Zusammenhang mit dem Austausch von Stipendien und die Zusammenarbeit in Radio und Fernsehen geschlossen.

Läuseimmunität

Das Centro de Investigación en Plagas e Insecticidas Nacional (Cipein, Nationales Forschungszentrum für Plagen und Schädlingsbekämpfungsmittel) hat in diesen Tagen einen Untersuchungsbericht veröffentlicht, demzufolge die Läuse in den vergangenen zehn Jahren weitaus resistenter gegen Insektizide geworden sind.

Skandal bei erster Senatssitzung

Manöver zugunsten des wegen Korruption inhaftierten Raúl „Tato" Romero Feris

Der neue Senat erlebte bei seiner Eröffnung am Mittwoch einen Skandal mit riesigen Ausmaßen, als die Senatorin Isabel Viudes (Partido Nuevo de Corrientes/Neue Partei für Corrientes) auf ihren Sitz verzichtete. Sie provozierte damit ein institutionelles Debakel, denn der erste Ersatzmann auf ihrer Liste ist der Ex-Gouverneur Raúl „Tato" Romero Feris, der vor wenigen Tagen wegen mehr als 50 verschiedener Korruptionsbeschuldigungen zu drei Jahren und sieben Monaten Haft verurteilt wurde. Dabei sprach das Gericht Romero Feris die Befähigung zur Ausübung öffentlicher Ämter für sieben Jahre ab.

Das Manöver von Viudes warf einen Schatten auf die erste Sitzung des neuen Senats, die allgemein als Beginn einer neuen Ära eingestuft worden war. Trotz anderer, bedeutender Vorgänge, so der Ankündigung, dass die in der letzten Sitzung des alten Senats getroffenen Maßnahmen, die eine große Ausgabenerhöhung darstellen, wurde die Senatorin zur Haupdarstellerin. Bei der Erklärung ihres Rücktritts versicherte Viudes, dass sie ganz außergewöhnliche Gründe dazu bewogen hätten und ohne Romero Feris zu nennen, forderte sie für ihre Provinz „eine unabhängige Justiz, weil Corrientes die brauche und eine Familie auf den Vater wartet".

Ihr Listenpartner, der Peronist Angel Pardo, blies in das gleiche Horn und kritisierte das Verfahren, mit dem der Richter Mario Payes ernannt wurde, der in dem Fall federführend war. Das ganze Verfahren sei, so Pardo, ein Unding gewesen, schon deshalb, weil es mit der Stimme eines Senators, nämlich Hugo Perlés (PJ) abgesegnet wurde, der zu diesem Zeitpunkt, im November 1999, der Exekutive in der Provinz angehörte.

Das Manöver von Viudes blieb nicht unbemerkt. Die erste Reaktion kam von dem Liberalen Lazaro Chiappe, der eine Allianz mit der UCR einging.

Er klagte über das Vorliegen einer Strategie, mit der dem Senat zu einem Häftling aus Corrientes verholfen werden solle. Es sei nicht wahr, dass es in Corrientes politische Häftlinge gebe: „In Corrientes gibt es inhaftierte Politiker, und das ist etwas völlig anderes und Häftlinge, denen schändliche, aus Habgier begangene Straftaten vorgeworfen werden."

Erwartungsgemäß ließen andererseits die Solidaritätsadressen des PJ für Viudes nicht auf sich warten. Senator Jorge Busti (Entre Ríos) unterstrich das Beispiel „politischer Treue" der Senatorin. Jorge Yoma (La Rioja) seinerseits aber erinnerte die UCR daran, dass in der vorbereitenden Sitzung der zuständigen Kommission am 29. November die Unterlagen von Romero Feris akzeptiert worden seien.

Der Fraktionsvorsitzende der Radikalen, Carlos Maestro, (Chubut), kündigte die Unterstützung der Positition Chiappes durch seine Fraktion an und sein Parteifreund Eduardo Moro (Chaco) lehnte die Einstellung Yomas ab. „Unter den von der Kommission verabschiedeten Unterlagen sind die Papiere von Romero Feris nicht gewesen", versicherte Moro. Dessen ungeachtet hat die PJ-Fraktion angekündigt, den Obersten Gerichtshof anzurufen, wenn die Justiz in Corrientes den Ex-Gouverneur nicht freilasse.

Suárez Mason doch vor Gericht?

Wegen der 1977 in Argentinien vermutlich von Militärs ermordeten Elisabeth Käsemann will Deutschland den Ex-General Guillermo Suárez Mason in Argentinien vor Gericht bringen. Das sagte der argentinische Rechtsanwalt der Bundesrepublik, Alberto Zuppi, am Dienstag. Ein Antrag auf Auslieferung des 77-Jährigen, der für den Tod der jungen Deutschen verantwortlich sein soll, hatte die Regierung von Präsident Fernando de la Rúa Mitte November abgelehnt.

Argentinien lehnt die strafrechtliche Verfolgung von Taten auf seinem Staatsgebiet vor ausländischen Gerichten grundsätzlich ab. Außerdem habe die argentinische Justiz bereits gegen Mason ermittelt, bis er wie viele andere Militärs 1990 von dem damaligen peronistischen Präsidenten Carlos Menem begnadigt worden sei. Niemand dürfe jedoch zweimal wegen desselben Vorwurfs vor Gericht gestellt werden, begründete das Außenministerium seine Entscheidung.

Nachdem das zuständige Gericht erster Instanz entsprechend der Anweisung des Ministeriums die Auslieferung abgelehnt und die zuvor verhängte Auslieferungshaft aufgehoben hatte, legte Deutschland überraschend Revision ein. (dpa)

AUSFLÜGE UND REISEN

Neuer Themenpark mit Pulperías und Gauchos

Die derzeit zu besichtigende Schau „Tierra Santa" mit Szenen aus dem Alten und dem Neuen Testament unweit der Ciudad Universitaria ist ein grosser Erfolg und wurde bisher von zwei Millionen Menschen besucht. Ab Mitte nächsten Jahres wird die Bundeshauptstadt einen weiteren Themenpark haben. Und zwar befindet sich an der Costanera Norte die thematische Ausstellung „Tierra Patria" im Entstehen. Auf einem Areal von neun Hektar soll dort nachgebildet werden, wie die damals im Werden begriffene Stadt Buenos Aires sowie das im Erschliessen befindliche Landesinnere aussah. Man wird die Regimente der Patriotentruppen sehen, Wohnhäuser im damaligen Stil aus Adobe (Lehmziegel), die längst geschleifte Recova (Marktgalerie), welche die Plaza de Mayo in zwei Hälften teilte, alte Kirchen und Klöster, den Cabildo und Pulperías, wie sie auf dem Lande bis in die jüngste Zeit zu sehen waren und z.T. noch sind. In diesem getreulich nachgebildeten Milieu sollen die geschichtlichen Ereignisse der Staatwerdung Argentiniens zwischen 1810 und 1815 wieder ins Leben gerufen werden.

Bergwerkstourismus

Soeben wurde in Chilecito zwischen La Rioja, San Juan und Catamarca ein Abkommen zur Schaffung des „Turismo Geológico" unterschrieben. Diese drei Provinzen zeichneten sich in der Vergangenheit durch eine besonders intensive Bergwerkstätigkeit aus, von der es allenthalben noch beredte Zeugnisse gibt, wie etwa Gualilán (San Juan), La Mejicana (La Rioja) oder Minas Capillitas (Catamarca). Für den geologisch oder an Mineralien interessierten Reisenden ist es besonders faszinierend, die alten, meist in Ruinen liegenden Bergwerke zu besuchen und, soweit möglich, die Stollen zu begehen. Unterzeichnet wurde das Abkommen zur Schaffung des Bergwerkstourismus zwischen dem Servicio Geológico y Minero de la República Argentina und dem Ministerium für Fremdenverkehr. Vorabauskünfte über Fernruf 4312-5611.

Moderner Flughafen für Merlo

Nein, es handelt sich nicht um den bonaerenser Vorort, sondern um das gleichnamige, sehr schön gelegene Feriendorf am Westfuss der Sierra de Comechingones in San Luis. Southern Winds fliegt ab 21. Dezember dreimal die Woche vom Aeroparque nach Merlo. Anlass ist die Eröffnung des neuen, grossen Flughafens, auf dem auch zweistrahlige Jets wie Boeing 737 landen können. Der Aeropuerto Internacional Valle de Conlara mit seiner 2.550 Meter langen Piste (länger als die von Jorge Newbery) wurde soeben fertiggestellt und liegt an der Ruta Nacional 148 in 21 Kilometer Entfernung vom Sommerfrischeort mit seiner historischen Jesuiten-Kapelle von 1740. Bisher erreichte man Merlo per Bus oder Auto über Río Cuarto, Achiras oder Villa Mercedes (765 Strassenkilometer), jetzt kann man mit dem Flugzeug in etwas mehr als einer Stunde am Ziel sein.

Marlú

Fußball

Aguilar River-Präsident

José María Aguilar ist neuer Präsident von Rekordmeister River Plate. Der 39-Jährige setzte sich am Sonntag mit rund 55,98 Prozent deutlich gegen seine Mitbewerber Hugo Santilli (40,44) und Carlos Lancioni (3,1) durch. Insgesamt hatten 8.500 der rund 100.000 eingetragenen Vereinsmitglieder ihre Stimme abgegeben. Aguilar, seit 1982 eingeschriebenes River-Mitglied, löst den scheidenden Präsidenten David Pintado ab.

Fußball

Wanderers Meister

Santiago Wanderers ist erstmals nach 33 Jahren wieder chilenischer Meister. Am 30. und letzten Spieltag setzte sich der Hauptstadtclub am Sonntag mit 4:2 gegen Audax Italiano durch und verwies Universidad Católica auf den zweiten Schlussrang. Bei Ausschreitungen in Valparaiso starb im Anschluss an das Spiel ein 20-jähriger Fan, 173 Rowdys wurden festgenommen.

TABELLE

Copa Mercosur

Finale, Hinspiel

In Rio: Flamengo (Bra) - San Lorenzo 0:0.
Rückspiel am 19.12.

Torneo Apertura

17. Spieltag: Banfield - Racing 0:0, River Plate - Lanús 4:0, Independiente - Nueva Chicago 1:0, Belgrano - Unión 1:1, Colón - Talleres 3:0, Chacarita - Argentinos Jrs. 0:1, San Lorenzo - Huracán 0:1, Gimnasia LP - Rosario Central 2:2, Newell's - Estudiantes LP 1:2, Vélez - Boca Juniors 2:2.
Tabellenspitze: 1. Racing Club 38 Punkte, 2. River 35, 3. Boca 29.

Kultur leidet unter Sparmaßnahmen

Cervantes-Direktor Brambilla muss gehen

Die Welle von Sparmaßnahmen macht auch vor dem Staatssekretariat für Kultur nicht halt. Vergangene Woche wurden eine Reihe von Änderungen bekannt, zu denen sich die Institution unter der Leitung von Darío Lopérfido aufgrund fehlender Mittel gezwungen sieht. So wird der Beginn der zweiten Auflage von „Argentina en vivo“ wegen des noch nicht festgelegten Budgets für 2002 von Januar auf Februar verschoben und zudem von elf auf sechs Aufführungen reduziert. Der Direktor der „Dirección Nacional de Música“ (DNM), Santiago Chotsourian, hat ebenfalls aufgrund fehlender Mittel seinen Rücktritt bekanntgegeben. Nach einem Jahr erfolgreicher Rationalisierungsmaßnahmen im Bereich der Verwaltung war der Tropfen, der das Fass für Chotsourian zum Überlaufen brachte, die Tatsache, dass er schließlich nicht einmal mehr die nötigen Mittel zur Verfügung hatte, um den normalen Betrieb aufrechtzuerhalten. So wechselte er zur vergleichsweise noch reichen Stadt Buenos Aires, wo er für das Konservatorium Manuel de Falla arbeiten wird. Ebenfalls aufgrund von Haushaltsstreitigkeiten wird der Vertrag von Raúl Brambilla, Direktor des Teatro Nacional Cervantes, nicht verlängert. Staatssekretär Lopérfido begründete diese Entscheidung damit, dass man für die Leitung des Cervantes jemanden suchen würde, der neben der Durchführung der Programmgestaltung auch dazu in der Lage sei, neue Finanzierungsquellen für das Theater zu erschließen. Die kontinuierliche Reduzierung der zugeteilten Mittel habe auch in seinem Sekretariat dazu geführt, dass inzwischen nur noch eine Politik der Subsistenz möglich sei. „Im letzten Trimester habe ich nur 40 Prozent der uns zustehenden Mittel erhalten“, so Lópérfido. Angesichts dieses Panoramas sei es seine Priorität, die permanenten Institutionen wie die Museen und die Bibliothek aufrechtzuerhalten. **SHU**

Den traurigen Gedanken tanzen

Der „Tango Argentino“ erlebt eine Renaissance

Von Barbara Geier

Zwei Männer, im Anzug und mit Hut, leicht versetzt stehen sie sich gegenüber, eine Hand jeweils an der Taille des Partners, die andere locker an der Hutkrempe oder in der Hosentasche, im Hintergrund Musik. Die Männer bewegen sich in rascher Schrittfolge, vor, zurück, zur Seite. So fing alles an mit dem Tango. Mit ihrer Vorführung in einer Fussgängerzone von Buenos Aires beleben die Tänzer die Zeit Ende des 19. Jahrhunderts wieder, als der Tango in den Bars und Spelunken der Einwandererviertel geboren wurde. Der Tango war anrüchig und wurde anfangs nur von Männern getanzt.

In den 20er Jahren schwappte die Welle über nach Europa und in den Pariser Salons wurde der Tanz zum letzten Schrei. Über die Wurzeln des Tango und der dazugehörigen typischen Musik gibt es viele Theorien. Einig sind sich die Forscher, dass die Rhythmen, die afrikanische Sklaven auf ihren Trommeln schlugen (genannt tan-go) genauso eine Rolle spielen wie die Milonga-Melodien der Pampas, eine Mischung aus Indio-Rhythmen und der Musik der frühen spanischen Kolonialherren. Einige führen den Ursprung des Wortes Tango auf das Lateinische zurück: „tangere“ bedeutet „berühren“.

Eines ist auf jeden Fall klar: Der Tango hat die Welt erobert, gehört zu den Standardtänzen und verkörpert das sinnliche Miteinander vom Partner und Partnerin im Takt der Musik. Der „Tango Argentino“ hat, zum Glück, wenig zu tun mit dem, was man in Europa von Standardtanzturnieren her kennt, wo aufgeputzte Paare hektisch den Kopf hin und her werfen. Das sei, so ein Tangoschüler, „Showtango“ oder „Tango für den Export“. Tango in Argentinien hat viele Variationen und Entwicklungen durchlaufen. Je nach Musik sind die Bewegungen zum Teil erstaunlich flink und fast folkloristisch. Dann gibt es aber auch wieder das typische weiche und gleichmässige Schreiten - der Ausdruck „caminar el Tango“, „den Tango gehen“, beschreibt den Charakter des Tanzes. Das Besondere und Schwierige am Tango ist, dass die Partner verschiedene Schritte tanzen, die dennoch ein gemeinsames Ganzes bilden sollen, möglichst spontan, und ohne festes Sehema. Der Tango wird oft als „Machotanz“ verschrieen, und in der Tat funktioniert der Tanz nur, wenn der Mann seiner Partnerin deutlich macht, wo es hingehen soll. Er gibt dabei allerdings nur die Richtung vor, der Frau bleibt die Möglichkeit, darauf zu reagieren, variantenreich und mit ihren eigenen Interpretationen der Schritte.

Nach den goldenen Jahren des Tango von den 30ern bis zu den 50ern geriet der Tanz, zum Teil gezwungenermassen, in Vergessenheit. Während der in Argentinien bis in die 80er Jahre herrschenden Diktatur gab es praktisch keine Tangokultur. Zurzeit gibt es allerdings eine Tango-Renaissance, und die Jugend des Landes interessiert sich wieder mehr für den Tanz der Grosseltern. Auf den Plätzen der Viertel San Telmo und La Boca, dem alten italienischen Einwandererviertel am Río de la Plata, kann man Tangovorführungen im Freien sehen. Dutzende von Tangoschulen bieten Kurse an, und an fast jedem Wochenabend findet irgendwo eine „Milonga“ statt, ein Tangotanzabend. Dort geht es erst ab 12 Uhr nachts richtig los. Getanzt wird bis in die frühen Morgenstunden. Meist ältere Herren - das neue Tangointeresse hat zum Grossteil den weiblichen Teil der Bevölkerung erfasst, die männlichen Altersgenossen tun sich wie immer etwas schwerer mit dem Tanzen - schieben ihre Partnerinnen mit einer bewundernswerten Eleganz über die Tanzfläche. Auf engem Raum zeigt sich der Könner, komplizierte Schrittfolgen werden auf kleine Bodenflächen gezeichnet - beneidenswert. Dabei liegen die Köpfe der Partner aneinander, Augen geschlossen, immer ein wenig Drama im Gesicht. „Der Tango ist ein trauriger Gedanke, den man tanzen kann“, so drückt es ein Sprichwort über den Tanz aus.

Federico, ein junger Tangoschüler, sitzt in seiner Ecke am Tisch und beobachtet die Paare. Will er sich den Tänzern nicht anschliessen? Nein, nein, hier sind nur Könner am Werk, die Angst vor Zusammenstössen ist noch zu gross, aber nächstes Mal, ja, nächstes Mal wird er es wagen und den traurigen Gedanken tanzen.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Die Jahreszinssätze der wichtigsten Banken für Fristeinlagen auf 30 Tage lagen in der Berichtswoche für Pesos zwischen 5,6% und 7% und für Dollar zwischen 5,25% und 5,6%.

***

Der Mervalindex fiel in der Berichtswoche zum Donnerstag um 0,6% auf 251,98, der Burcapindex um 4,4% auf 641,91 **und der Börsenindex stieg um 11% auf 11.494,12.**

***

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) stieg in der Berichtswoche um 2,9% auf $ 0,6130.

***

Der ZB-Kurs für Aussenhandelsgeschäfte betrug am Donnerstag $ 1,0513.

***

Die Gold-, Devisen- und Anlagenreserven der ZB betrugen am 10.12.01 $ 15,17 Mrd., der Banknotenumlauf $ 9,95 Mrd. Eine Woche zuvor waren es $ 14,66 Mrd. bzw. 10,18 Mrd., einen Monat zuvor $ 17,58 Mrd. bzw. $ 10,87 Mrd. und ein Jahr zuvor $ 23,71 Mrd. bzw.$ 14,09 Mrd.

***

Die ZB-Mitteilung A 3.387 bestimmt für neue Sicht- und Fristeinlagen in Banken, dass vom 3.12.01 bis zum 31.1.02 für diese eine Mindestrücklage von 75% auf den Monatsdurchschnitt der täglichen Zunahmen einbehalten werden muss. Bisher waren es 22%. Der Betrag muss auf den Konten der Finanzanstalten bei der ZB innerhalb von 3 Tagen nach der Abrechnung hinterlegt sein. Die ZB-Mitteilung A 3.382 besagt, dass Bewilligungen für Überweisungen ins Ausland nur eingereicht werden können, wenn der Antragsteller seinen Verpflichtungen dem Amt für Öffentliche Einnahmen (AFIP) gegenüber nachgekommen ist. Auch muss der Antragsteller eine eidesstattliche Erklärung abgeben, dass er die Auslandszahlung mit keinem anderen Mittel, wie etwa einer Kreditkarte, durchführt oder durchführen wird.

***

Durch den Kursverfall ihrer Anlagen haben die privaten Rentenkassen im 5. Monat in Folge, im November durchschnittlich 10,5%, Verluste erwirtschaftet. Der bisherige Durchschnittsgewinn auf Jahresbasis beträgt 8,15%. Das private Rentensystem verwaltet rd. U$S 20,5 Mrd. für rd. 8,7 Mio. Mitglieder, von denen knapp 36% regelmässige Monatsbeiträge einzahlen.

***

Mit der Umschuldung der Papiere kleiner Anleger (bis $ 100.000) und der Provinzen hat die Wirtschaftsführung die Inlandsetappe der Umschuldung abgeschlossen. Ohne endgültige Zahlen aus den Provinzen, wurde für U$S 5,31 Mrd. eingetauscht, U$S 1,31 Mrd. mit kleinen Anlegern und etwa U$S 4 Mrd. in Provinzbonds, was bisher einen Gesamtbetrag von rd. U$S 55,37 Mrd., mehr als die Hälfte der eintauschbaren Staatspapiere, ergibt.

***

J.J. Aranguren, Vizepräsident von Shell Argentina und Präsident der Erdölkammer erklärte, der Benzinabsatz sei im November im Vorjahresvergleich um 11% zurückgegangen; der von Dieselöl um 8% und der von Schmiermitteln um 15%. Die Entwicklung der letzten 5 Jahre, der seit 1996 zusammengerechnete Verbrauch, ergebe bei Benzin einen Rückgang von 34% und bei Schmiermitteln von 22%. Die Nachfrage nach Dieselöl, das bis zu diesem Jahr mit nur einem Viertel der Steuern belastet wurde, blieb unverändert.

***

Die Deuterium-Fabrik in Arroyitos, Neuquén, hat 1.375 kg schweres Wasser für $ 300.000 nach Norwegen exportiert. Wie die nationale Atomenergiekommission weiter mitteilte, wurde die Lieferung aus Lagerbeständen bestritten, da die Fabrik seit der Einstellung des argentinischen Nuklearprogramms im September vergangenen Jahres stillsteht.

***

Im Rahmen seines weltweiten Strukturporgramms wird Fiat 18 Produktionsstätten schliessen. Darunter befindet sich die Fertigung schwerer Iveco-Lkw in Argentinien, die künftig nur leichte Transportfahrzeuge der Marke herstellen wird. Die schweren Lkw des Fiat-Tochterunternehmens werden künftig in Brasilien gefertigt.

***

Im 6. Monat in Folge sind die Einfuhren aus Brasilien zurückgegangen, im November im Vorjahresvergleich um 41,2%. Die Ausfuhren gingen im selben Vergleich um 21,7% zurück, was Argentinien den höchsten Überschuss seit Januar 99 gestattet hat. Das CEB (Centro de Estudios Boneareneses) gab für November aufgrund brasilianischer Unterlagen argentini-

Rekordarbeitslosigkeit

Die Erhebung des statistischen Amtes (INDEC) vom Oktober ergibt eine Arbeitslosenquote von 18,3% der Erwerbsbevölkerung (diejenigen, die arbeiten, plus diejenigen, die arbeiten wollen, aber keine Gelegenheit haben), um 0,1% niedriger als im Mai 1995, aber in absoluten Zahlen, mit 2,53 Mio. Menschen bei weitem die höchste seit diese Statistik geführt wird. Die Zahl der Arbeitslosen nahm seit Oktober 1999 um rund 700.000 zu, was etwa tausend pro Tag ergibt und für das Versagen der Regierung De la Rúa auf diesem Gebiet zeugt. Nachdem sich der Konjunkturrückgang ab Oktober verschärft hat, ist damit zu rechnen, dass die Vollarbeitslosigkeit gegenwärtig bei etwa 20% liegt.

Die Quote der Halbarbeitslosen (die unter 35 Stunden pro Woche arbeiten, jedoch länger tätig sein wollen) lag bei 16,3%, so dass insgesamt 34,6% der Erwerbsbevölkerung Beschäftigungsprobleme hat, der höchste je erreichte Prozensatz. Dies erklärt auch die erhöhte Zahl der Personen und Familien, die sich unter der Armutsgrenze befinden.

Die Erhebung des INDEC wird in 28 städtischen Konglomeraten durchgeführt, wobei der Koeffizient dann auf die Gesamtbevölkerung ausgedehnt wird. Das ergibt jedoch einen Fehler, da die Arbeitslosigkeit in den ländlichen Gebieten gering ist (die Arbeitslosen begeben sich in die Dörfer und Städte) und ausserdem die Unterbeschäftigung ein Normalzustand zu sein pflegt, besonders in bestimmten Jahreszeiten. Für die Mehrheit der Beschäftigten des Landesinneren wäre es ohnehin eine Zumutung, dass sie mehr als 35 Stunden pro Woche arbeiten sollen.

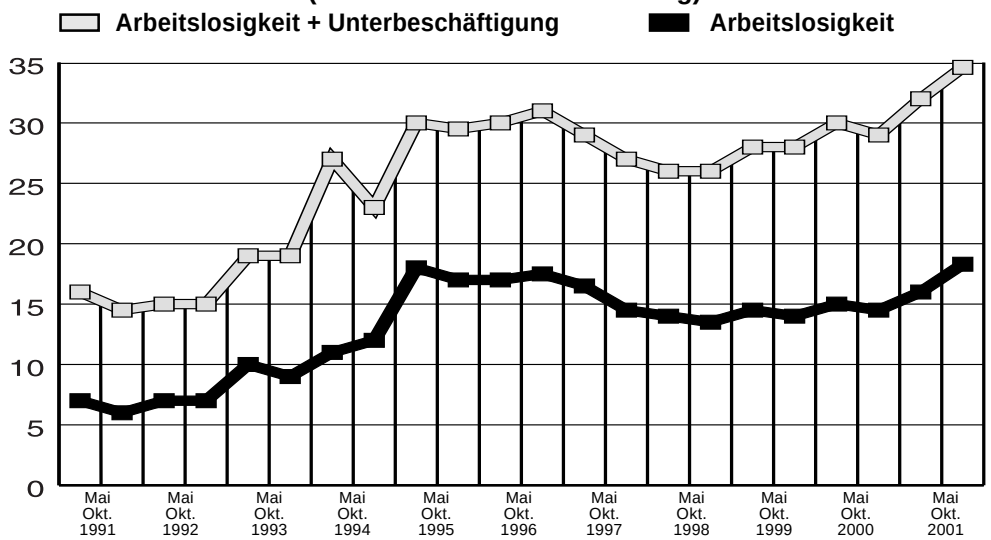
Bei einer qualitativen Analyse ergibt sich ein noch schlechteres Bild. Nachdem die hohe Arbeitslosigkeit so lange andauert, muss der Anteil der Langzeitarbeitslosen stark gestiegen sein. Diese und nicht diejenigen, die nur wenige Monate arbeitslos sind, stellen das echte soziale Problem dar. Ebenfalls ist die durchschnittlich gearbeitete Stundenzahl der Unterbeschäftigten gesunken. Es ist gewiss nicht das gleiche, 34 oder 10 Stunden pro Woche zu arbeiten. Schliesslich bringt es die äusserst schwache Konjunktur mit sich, dass die Möglichkeiten für Gelegenheitsarbeiten, die das INDEC nicht registriert, auch geringer geworden sind.

Regional aufgeteilt, ist die Arbeitslosenquote sehr unterschiedlich, wie die nachfolgende Aufstellung ergibt:

Rio Gallegos	2,5%	Gross San Juan	16,4%
Posadas	6,8%	Neuquén u. Plottier	16,7%
Ushuaia	12,1%	Gross-Paraná	17,7%
Rio Cuarto	12,1%	Gross-Tucumán	17,9%
San Luis	12,2%	Salta	18,3%
Sgo. Del Estero u. La Banda	12,3%	Gross Buenos Aires	19,0%
Gross-Mendoza	13,5%	Gross-Catamarca	19,0%
La Rioja	13,8%	Concordia	19,5%
Comodoro Rivadavia	14,1%	Jujuy u. Palpalá	19,8%
Bundeshauptstadt	14,3%	Corrientes	19,8%
Formosa	14,5%	Gross-Santa Fe	20,3%
Santa Rosa u. Toay	15,2%	Bahía Blanca	20,3%
Gross-Córdoba	15,9%	Umgebung von Buenos Aires. .	21,0%
Gross-Resistencia	15,9%	Mar del Plata	22,8%
Gross La Plata	16,3%	Gross-Rosario	22,8%

Entwicklung der Arbeitslosigkeit

(in % der Erwerbsbevölkerung)



sche Ausfuhren nach Brasilien für U$S 451,8 Mio. und Einfuhren von dort für U$S 315,9 Mio. bekannt.

***

Die BBVA Banco Francés Bank hat in der Vorwoche 77.285 neue Konten eröffnet. Im gleichen Zeitraum hat das Bankpersonal 588.326 telefonische Anfragen und 890.500 Onlineabwicklungen bearbeitet.

***

Seit dem 3.12.01 hat die Banco de la Provincia de Buenos Aires (Bapro) in ihren 350 Filialen 100.175 neue Konten eröffnet. Dazu kommen 26.630 weitere Konten für die Zahlung der Lehrkräfte der Provinz.

***

Die Regierung hat dem Rentnergesundheitsdienst PAMI $ 60 Mio. in Lecop-Bonds überwiesen. Damit sollen die geringeren Einnahmen wettgemacht und die Bezahlung der Dienstleistungen gestattet werden.

***

Das spanische Damenkonfektionsunternehmen Mango, das hier vor über 3 Jahren mit einer Investition von $ 20 Mio. 5 Lokale mit der Marke MNG aufgemacht hat, zieht sich aus Argentinien zurück. Die zum Punto Fa-Gruppe, Barcelona, gehörende Firma betreibt weltweit 520 Filialen.

***

Die Kammer der Kfz-Konzessionäre (ACARA) gab bekannt, dass in diesem Jahr 15% der Konzessionäre aufgeben mussten. 1999 schlossen 86, 2000 85 und bis Oktober 01 weitere 120. Die Aufgabe der Konkurrenzfähigkeitspläne der Kfz-Fabriken würde die Lage verschlimmern, da die Endpreise steigen, der Abastz schrumpfen und die Rentabilität weiter fallen würden. Von den 1.100 Konzessionären, die es vor etwa 3 Jahren gab, verbleiben 800.

***

Nach 18 Monate langen Umarbeiten und einer Investition von U$S 19,5 Mio. ist das 1931 gegründete City Hotel als 5-Sternebetrieb unter dem Namen NH City Hotel neu eröffnet worden. Inhaber sind die von der spanischen NH Hotelgruppe und der Equity International Properties gebildete Compañía Latin de Gestión Hotelera und der bisherige argentinische Inhaber F. Aldrey Iglesias, der u.a. auch die Zeitung La Prensa herausgibt. Das sehr zentral, beinahe an der Plaza de Mayo gelegene 303 Zimmer Hotel, entspricht allen gehobenen Ansprüchen des europäischen Fremdenverkehrs. Ein weiterres Hotel der NH-Gruppe für U$S 10 Mio. befindet sich in Mendoza im Bau.

***

Die 1. Woche der Einschränkungen für den Geldverkehr hat die Zunahme der Bankeinlagen um $ 488 Mio. mit sich gebracht, gegen $ 5 Mrd. Abfluss im November und Oktober. Allerdings wurden fällig gewordene aber nicht abhebbare Fristeinlagen in Sichteinlagen wie Sparkassenkonten verwandelt, denen ein Teil entnommen werden darf. Die Fristeinlagen nahmen um $ 1,27 Mrd. ab, die Sichteinlagen um $ 1,45 Mrd. zu.

***

Die Consultingfirma CCR rechnet für 01 mit einem Absatzrückgang von 9,9% bei Massenverbrauchsartikeln und mit weiteren 10% Rückgang im 1. Halbjahr 02. Für 01 wird der Absatz in Supermärkten mit $ 31,57 Mrd. angenommen, um 25% weniger als 1998, dem bisher besten Jahr der Supermärkte. Frischprodukte wie Fleisch, Obst, Fisch, Pflanzenkost und Brot gingen um 5,2% zurück, andere Lebensmittel um 6,3%. Bekleidung, Schuhwerk, Haushaltsausstattungen, Audio- und Videogeräte usw. büssten in den letzten 12 Monaten 20,3% Umsatz ein.

***

Die Regierung hat mit Fremdenverkehrsgemeinden ein Abkommen unterzeichnet, das gestatten wird, Touristen, die mit Kunststoffkarten und anderen Mitteln zahlen, einen zusätzlichen Rabatt von 5% zu gewähren. Der Rabatt kommt zu den 5% MwSt-Vergütung, wenn diese Zahlungsmittel eingesetzt werden. Fremdenverkehrsminister Lombardi rechnet, dass wenn 30% der Argentinier, die ihren Urlaub im Ausland verbringen, durch dieses Angebot angelockt werden, die argentinische Wirtschaft um $ 800 Mio. mehr einnehmen und 80.000 neue Arbetisplätze schaffen wird.

***

Der Inlandsanteil des Bondsumtausches der öffentlichen Hand bedeute 02 um $ 2,39 Mrd. geringere Zins- und um $ 2,82 Mrd. geringere Amortisationzahlungen, wie Finanzsekretär Marx bekanntgab.

***

Die von der spanischen Aurea kontrollierte Autobahnkonzessionäring Autopistas del Sol hat in disem Jahr 40 Bauvorhaben mit U$S 65 Mio. Investition vollendet. 02 will sie die Übeführung der Mitreeisenbahn über die Avenida General Paz, die Verbindung derselben mit der Avenida Balbín und die Nationalstrasse Nr. 26 fertigstellen.

***

Durch Beschluss 266/01 des Handelssekretariates (Amtsblatt vom 11.12.01) wurde der Gerberei Torado Curtiembres S.A. der zollfreie Import von Maschinen und Anlagen im Wert von U$S 29,6 Mio., plus U$S 1,48 Mio. für Ersatzteile, in Rahmen des Beschlusses 256/00 des Wirtschaftsministeriums (der sich auf grosse Investitionsprojekte bezieht) für eine neue Fabrik für Lederbezüge für Kfz und Möbel in Coronel Brandsen, Provinz Buenos Aires, gewährt.

***

Durch Gesetz 25.508 (Amtsblatt vom 12.12.01) wurde der Kabinettschef ermächtigt, das laufende Budget insonfern zu korrigieren, als das zur Übertragung von $ 160,4 Mio. an das PAMI notwendig ist. Der Zuschuss soll den Rückgang der normalen Einnahmen ausgleichen und die Dienstleistungen des Institutes sicherstellen.

***

Durch Dekret 1638/01 (Amtsblatt von 12.12.01) wurden Sonderbestimmunen für die Devisenabgabe erlassen, die im Dekret 1556/86 vom 10.12.01 vergesehen wurde. Die aus Exporten stammenden Devisen müssen nicht abgeliefert werden, wenn sie für die Zahlung von Finanzierungen von Investitionsprojekten, Vorfinanzierungen von Exporten, „strukturierte" Kredite, Garantien für Finanzgeschäfte oder finanzielle Verpflichtungen der Exporteure bestimmt sind. Ausserdem sind Tätigkeiten, die durch ein Gesetz von der Devisenablieferung ausgenommen wurden, nicht gezwungen, sie jetzt abzuliefern (dies bezleht sich auf Bergau und Forstwirtschaft). Die AFIP und das Handelssekretariat können ausserdem Ausnahmen vom Dekret 1555/86 verfügen. Das Handelssekretariat und die ZB werden über die Bestimmungen des neuen Dekretes entscheiden. Die Devisenbewirtschaftung zwingt stets zu neuen Einzelmassnahmen, so dass das System immter komplizierter wird.

***

Durch Beschluss 825/01 des Wirtschaftsministeriums (Amtsblatt vom 12.12.01) wurden die Zölle für Importe aus China, die 35% übersteigen, ab 12.01. bis zum 11.12.02 um 10 Punkte gesenkt, in den darauffolgenden 12 Monaten um 20 Punkte, in den folgenden 12 Monaten um 40%, dann um 60%, dann um 80% und ab 1.7.07 um 100%

***

Letzte Woche wurde der Verwaltungsrat des neu geschaffenen Institutes gebildet, das sich mit der Eintreibung der verschiedenen Beiträge zum sozialen System befassen soll. Das Institut wird mit 0,7% der Bruttoeinnahmen finanziert, hat die juristische Form einer privaten Anstalt, die jedoch dem öfgfentlichen Recht untersteht (wie das PAMI) und wird von einem siebenköpfigen Verwaltungsrat geleitet, der nur zwei staatliche Direktoren hat. Einer ist Osvaldo Giordano, bisher Direktor für Einnahmen aus Sozialbeiträgen in der AFIP, der ab 1. Januar ganz in das neue Institut übergeht, und der andere ist Gustavo Macchi, Generalverwalter der ANSeS. Einrique Feuillasier vertritt die AFJP-Rentenverwaltungsfonds, María Betiol die Arbeitsrisikoversicherungsgesellschaften (ART) und Luis Perez die Sozialwerke des leitenden Personals. Die anderen Sozialwerke haben noch keinen Vertreter ernannt. Die Eintreibung der Sozialbeiträge liegt sehr im argen: von etwa 12 Mio. Beitragspflichtigen zahlen kaum 4 Mio. ihre Beiträge. Ob dies mit dieser halben Privatisierung besser wird muss noch nachgewiesen werden. Das PAMI, das die gleiche juristische Form hat, ist zwar interveniert, hat es jedoch unter privater Leitung nicht erreicht, die Hinterziehung und Säumigkeit effektiv zu bekämpfen.

***

Die von den Techintgruppe in Konzession geführte Frachteisenbahn Ferroexpreso Pampeano hat den Dienst eingestellt und will die Konzession rückgängig machen, wenn die Regierung nicht auf günstigere Konzessionsbedingungen eingeht. Die Bahn bedient mit 660 Mitarbeitern, die nun arbeitslos werden, eine wichtige Getreidegegend des Landes und die Regierung verfügt weder über das Menschenmaterial noch die Geldmittel, um den Betrieb aufrecht zu erhalten. Auch befürchtet sie ähnliche Schritte anderer sich in Finanzschwierigkeiten befindlicher Eisenbahnunter-nehmen.

***

Die ZB-Hilfe für das Finanzsystem ist bereits historischer Rekord. Ihre Swaps und Rediskonte betragen über $ 8,13 Mrd., etwa 40% der in diesem Jahr abgezogenen Bankeinlagen. Durch die Einschränkungen der Barmittelhandhabung müsste dieser Betrag nun gleich bleiben oder geringer werden.

***

Die Einschränkungen des Bargeldverkehrs und die Möglichkeit Schwarzarbeiter einzutragen, haben laut dem Amt für Öffentliche Einnahmen (AFIP) vom 3. bis zum 13. Dezember 58.000 Neueintragungen von Arbeitnehmern bewirkt. Das seien mehr als doppelt soviel wie in den 10 vorangegangenen Tagen. Im gleichen Zeitraum wurden 500.000 neue Sparkassenkonten eröffnet und die Arbeitsbewilligungen (Cuil) für Ausländer nahmen von 1.100 auf 2.390 zu.

***

Die Ramada Hotelkette, eine Abteilung von Marriot, ist in Argentinien. Sie verwaltet das ehemalige Arapacis-Hotel der Libermanngruppe in Pinamar. Um den Anforderungen von Ramada gerecht zu werden, musste die Libermangruppe U$S 1,8 Mio. investieren. Ramada will 6 Hotels in Argentinien betreiben, darunter eines in Bariloche und eines in Salta.

***

Die mehrheitlich der HSBC (Hong Kong and Shanghai Banking Corporation) gehörende private Rentenkasse Máxima heisst ab dem 1.12.01 HSBC Máxima AFJP.

***

Finanzsekretär D. Marx ist zurückgetreten. Es soll sich Präsident De la Rúa gegenüber verpflichtet haben, für die Umschuldung weiter als Berater zur Verfügung zu stehen. Sein Nachfolger ist M. Kiguel, der Unterstaatssekretär für Finanzen unter Wirtschaftsminister R. Fernández war und derzeit Vorstandsmitglied der Hypothekenbank ist.

***

Die Privatisierung der Provinzbank von Córdoba ist gescheitert. Die Bank wird als AG mit Provinzkapital weitergeführt. Den Vorstand werden Experten mit Erfahrung im privaten Finanzbereich bilden. Die ZB wird beraten. Die Privatisierung stiess auf Schwierigkeiten, als sich die Weltbank beschloss, eine Tranche von U$S 101 Mio. eines Gesamtkredites von U$S 303 Mio. nicht auszuzahlen, mit dem

die Bank saniert und modernisiert werden sollte. Die BGN (Banco General de Negocios), die den Zuschlag der Bank erhalten hatte, wurde von der ZB aufgefordert, ihr Angebot zu verbessern. Die BGN forderte eine Bedenkzeit von 4 Monaten, die von der Provinzregierung nicht gewährt wurde.

***

Berechnungen der Fiel-Stiftung ergaben für das 1. Halbjahr 02 ein Schrumpfen der argentinischen Wirtschaftstätigkeit um 7-9% und für 2001 ein Minus von knapp 3,75%. Im 3. Quartal 01 betrug der Rückgang 3,5% und für das 4. wird mit 5% gerechnet.

***

Das Amt für Öffentliche Einnahmen (AFIP) hat die Bedingungen für Eintragungen in ihr Moratorium gelockert. Die Zahlung des am 20.12 fälligen 1% der Schulden wurde abgeschafft. Nun kann man sich mit einer Zahlung von 1% am 22.1.02 und einer weiteren von 1% am 22.2.02 eintragen. Zum 3. und 14.12 fällige Steuerzahlungen, eidesstattliche Erklärungen und andere Verpflichtungen werden als termingerecht behandelt, wenn sie bis zum 20.12. erfolgen. Der Termin für die Abgabe der kompletten durch Diskketten geforderte Information bleibt der 15.3.02.

***

Das Ministerium für Infrastruktur- und Wohnungsbau gab bekannt, dass geprüft wird, wie die Erdöl- und -gaskonzessionen verlängert werden können, um die Investitionen und Fördermengen aufrecht zu erhalten.

***

Ein weiterer Rechtsspruch hat der ZB angeordnet zu veranlassen, dass eine Privatbank einem Kunden sein Konto mit U$S 27.800 sofort und ganz auszuzahlen hat.

***

Die ZB hat angeordnet, dass an im Ausland lebende Familienmitglieder nicht mehr als monatlich U$S 1.000, in welcher Währung immer, überwiesen werden darf.

***

Nach vorläufigen Meldungen des Schatzamtes wurde im November statt eines Nuffdefizits ein Minus von $ 800 Mio. erwirtschaftet. Das ergibt für die ersten 11 Monate ein Defizit von über U$S 8 Mrd., gegen die IWF-Auflage von höchstens U$S 6,5 Mrd. in diesem Jahr.

***

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Der Kniefall

Wie einst im März 1995 musste Wirtschaftsminister Domingo Cavallo am vergangenen Wochenende einen Kniefall vor dem Internationalen Währungsfonds vollziehen. Er beugte sich vor der Einstellung der Fondsgewaltigen Horst Köhler als Vorsitzender, Anne Krüger als Leiterin der Wirtschaftsabteilung und Tomás Reichmann als Verantwortlicher für Argentinien, eigenartigerweise alle drei deutschstämmig.

Damals im März 1995 musste Cavallo die im Mai 1994 verfügte Senkung der Arbeitgeberbeiträge, die er gegen die Meinung seiner Mitarbeiter durchgesetzt hatte, wieder zurücknehmen und zudem eine Anhebung der MwSt. von 18% auf 21% dulden. Beide Steuermassnahmen widersprachen seiner Grundeinstellung als Angebotspolitiker, der die Wirtschaft mit Steuersenkungen ankurbelt, ohne sich um die Wirkungen auf den Haushalt zu kümmern. Kaum hatte Cavallo damals wieder Luft geschnappt, senkte er die Arbeitgeberbeiträge abermals, wogegen die erhöhte MwSt. bis heute in Kraft blieb.

Dieses Mal ging es im Währungsfonds um die zahlreichen Steuererlässe, die Cavallo seit April dieses Jahres zum Gaudium der Steuerzahler verfügt hat und die die Steuereinnahmen verringern. In der Folge vermehrte sich das Misstrauen am Platz und die Depositen zogen von den Banken ins Ausland ab. Seit Januar 2001 sind bereits über $ 20 Mrd. abgeflossen, wovon seit Cavallos Amtsübernahme mehr als $ 19 Mrd. auf seine Wirtschaftspolitik zurückzuführen sind. Man kann sich schwer eine andere arbeitsteilige Wirtschaft vorstellen, die einen Depositenabfluss von 24% in weniger als einem Jahr verkraftet, ohne in eine tiefe Depression zu fallen. Genau das ist seit Mitte 2001 in Argentinien eingetreten. Für 2002 prophezeit FIEL bereits einen BIP-Rückgang von mehr als 7%, während er für 2001 auf 3,5% geschätzt wird. Die Zentralbank hat freilich über $ 8,0 Mrd. an Finanzhilfen für die Banken bereit gestellt, damit sie den Depositenabfluss ohne Zahlungseinstellung erledigen können, was bisher gelungen ist.

Weder Abwertung noch „default“

Das tägliche Gerede über die angeblich bevorstehende und unausweichliche Abwertung des Peso sowie über eine allgemeine Dollarisierung, die den Peso aus dem Zahlungsverkehr zieht, gepaart mit der einseitigen Einstellung der Bondszahlungen, Englisch genannt „default“, wurde im Währungsfonds rundweg geleugnet. Fondssprecher Dawson sagte gegen Ende der Vorwoche in Washington, solche Vorstellungen, dass der Fonds Argentinien Abwertungen oder Dollarisierungen empfehle, träfen mitnichten zu und seien „kosmische Lösungen“, weil es in den Verhandlungen mit Argentinien um das Fiskalproblem ginge.

Genau das traf Cavallo im Herzen seiner Wirtschaftspolitik, die auf die Ankurbelung des Angebots mit den sogenannten Wettbewerbsplänen und der Nachfrage mit der Senkung des persönlichen Beitrages zum Rentensystem um 6 Punkte und der MwSt. um 5% bei Käufen mit Belastungskarten beruht, wie er nach seiner Rückkehr am Sonntagnachmittag im Fernsehen zähneknirschend zugeben musste. Seine Steuererlässe hätten nicht gewirkt, weil die Nachfrage schwach sei und die Unternehmer die Steuererlässe nicht zu vermehrten Investitionen eingesetzt hätten, sondern vielmehr Kritik hierüber vorgetragen worden sei.

Vermehrte Steuer-einnahmen im Visier

Mit dieser fadenscheinigen Begründung kündigte der Minister an, dass er mit dem Fonds in Washington vereinbarte habe, zwischen $ 4 Mrd. und $ 4,5 Mrd. vermehrte Steuereinnahmen im Haushalt 2002 einzubauen, die sich aus der Abschaffung von Steuerfreigrenzen ergeben würden, ohne sie im Einzelnen zu erwähnen. Die Staatsausgaben seien konsolidiert (Nation und Gliedstaaten ohne doppelte Ausgaben als Folge der Transfers von der Nation auf die Gliedstaaten, unter Ausschluss der Gemeinden und der Neuverschuldung durch Konsolidierungsbonds und aufgeschobene Zinszahlungen) in den letzten zwei Jahren bereits um rund $ 7,0 Mrd. zurückgegangen. Hierüber blieb der Minister freilich die Aufgliederung der Staatsausgaben und der Vergleich mit früheren Jahren schuldig. Präsident de la Rúa klärte in seiner Ansprache zur Einweihung des Technologie-Campus von IBM in Martínez die Zahl auf, von der je $ 2,0 Mrd. auf 2000 und 2001 für die Nation, zusammen $ 4,0 Mrd., und $ 3,0 Mrd. auf die Gliedstaaten entfallen, insgesamt besagte $ 7,0 Mrd.

Dass die öffentliche Hand keine weiteren Ausgabenabstriche verfügen kann, wie es Cavallo erstaunten Fernsehzuschauern eröffnete, ist sicherlich ein starkes Stück in Anbetracht der aufgeblähten Spesen für die Politiker und ihre Schützlinge, die zahlreichen Subventionen für allerlei Günstlinge sowie die praktischen Möglichkeiten für Ausgabensenkungen im Staatsbereich, kaum dass man sie näher durchkämmt.

Gelingt das fiskalische Künststück, die Einnahmen für 2002 um $ 4 Mrd. bis $ 4,5 Mrd. anzuheben, indem Freigrenzen abgebaut werden, dann blühen zusammen mit den erwarteten Zinssenkungen durch den Bondstausch von angenommenen $ 5 Mrd. bessere Aussichten auf ausgeglichene Staatsfinanzen im Sinn des Nulldefizits.

Zudem eröffnete Cavallo den Parlamentariern, dass die Primärausgaben 2002 um weitere $ 1,5 Mrd. zu senken sind, indem entweder auf das dreizehnte Gehalt („aguinaldo“) für Beamte und Rentner im kommenden Jahr verzichtet wird oder die Gehalts- und Rentenkürzungen von jetzt 13% auf 21% angehoben werden. Beide Alternativen stossen verständlicherweise auf keine Gegenliebe im Kongress. Die Tilgungen der umgeschuldeten Bonds würden zudem drei Jahre lang aufgeschoben werden, so dass der Finanzaufwand für die öffentliche Hand entsprechend abnimmt.

In der stark defizitären Provinz Buenos Aires wird der Haushaltsentwurf für 2002 bereits mit einer Ausgabensenkung von $ 2,0 Mrd. vorbereitet, indem die Ausgaben von $ 10,3 Mrd. 2001 auf $ 8,3 Mrd. 2002 zurückgehen sollen. Das ist genau das Gegenteil der Behauptung Cavallos, dass die Staatsausgaben nicht mehr gesenkt werden können. Präsident de la Rúa gratulierte bei IBM dem Gouverneur Ruckauf zum geplanten Ausgabenschnitt.

Im neuen Senat werden die 13prozentigen Gehaltskürzungen wieder eingeführt, die der vorherige denkbar korrupte Senat kurz vorher abgeschafft hatte, während gleichzeitig die Gehaltszulagen und die Einstellung einiger Mitarbeiter abgehender Senatoren als Senatsbürokraten rückgängig gemacht werden. Auch in Córdoba bereitet der Gouverneur fühlbare Ausgabenabstriche vor.

Provinzbonds im Kreuzfeuer

Andere Provinzen mögen folgen, damit bewiesen werden kann, dass in den Gliedstaaten keine versteckten Ausgaben zur vermehrten Beanspruchung von Provinzbonds, genannt Patacones, Quebracho oder sonstige Kürzel, führt, wie es laut Cavallo im Fonds befürchtet wird, der die Provinzbonds auf $ 3,8 Mrd. hochrechnet.

Der Fonds verbucht die Ausgabe solcher nationalstaatlicher Bonds, genannt Lecop, für $ 1,3 Mrd. zuhanden der defizitären Provinzen sowie der Rentnerkasse PAMI als Defizitfinanzierung, was sicherlich zutrifft und das Gesetz über das Nulldefizit vom vergangenen Juli Lügen straft. Eigentlich muss dieses Gesetz als Nulldefizit freiwilliger Finanzierung umschrieben werden, da Zwangsverschuldungen wie Bocon, Lecop und Provinzbonds die Fehlbeträge finanzieren. Ein Defizit ist ein finanzierter Fehlbetrag, ob freiwillig wie durch Bonds und Anleihen oder zwangsmässig wie durch Bocon, Lecop und Provinzbonds. Diese Lektion ordentlicher Buchführung musste sich Cavallo in Washington gefallen lassen.

Nach seiner Rückkehr aus Washington blieb Cavallo der Öffentlichkeit die genaue Erklärung der künftigen Steuern schuldig. Sicher erscheint laut Presseerklärungen die Abschaffung der in den Wettbewerbsplänen über 30.000 Unternehmen zugesagte Kompensation der Arbeitgeberbeiträge von 16% auf die Lohnsummen gegen die MwSt. oder die Gewinnsteuer. Exportgeschäfte sollen davon ausgenommen werden. Das soll eine vermehrte Steuereinnahme von über $ 2,0 Mrd. bewirken.

Der Erlass der l5prozentigen Zinssteuer sowie der 1prozentigen Aktivensteuer auf vermeintliche Gewinne sollen hingegen für die begünstigten Unternehmen in Kraft bleiben. Auch der Konvergenzfaktor von jetzt knapp über 5% in Gestalt eines zusätzlichen Importzolls und einer ebenfalls zusätzlichen Exportrückerstattung geht ungeschoren hervor, weil das laut Cavallo mit keinen Fiskalkosten verbunden sei. Wie es sich mit der zugelassenen Kompensation von 58% der sogenannten Scheck-steuer gegen MwSt. und Gewinnsteuer verhalten wird, bleibt abzuwarten. Hingegen wurde die Fazilität wieder abgeschafft, gewisse Steuerschulden mit entwerteten Staatsbonds begleichen zu dürfen. Sicherlich hat der Fonds diese Methode moniert, die Steuereinnahmen zu verwässern und säumigen Steuerschuldnern ein ungebührliches Privileg gegenüber anständigen Steuerzahlern einzuräumen.

Dollarisierung und andere Gerüchte

Die Gerüchteküche lief in der Berichtswoche auf Hochtouren. Die Dollarisierung war erneut Gegenstand von Lesarten, zumal sie Expräsident Carlos Saúl Menem dem Staatschef de la Rúa in einem Gespräch im Regierungspalast empfahl. Wirtschaftsminister Cavallo erklärte dabei, dass die verfügbaren Dollarreserven nicht ausreichten, um den Tausch gegen nahezu $ 10 Mrd. in Lokalwährung durchzuführen, weil die Zentralbank einen Teil der Reserven von etwa U$S 15 Mrd. durch Swapgeschäfte mit der Banco de la Nación zuhanden der Finanzierung des Schatzamtes verpfändet habe.

Immerhin einigten sich Menem und de la Rúa über ihre Gegnerschaft einer Abwertung, die freilich solange gültig ist, wie die Zentralbank über Devisenreserven verfügt, um den trotz Zahlungssperren im Rahmen der Devisenbewirtschaftung pausenlos weiter gehenden Devisenabfluss zu verhindern. Wo kein Geld (lies Devisen) mehr da ist, hat der Kaiser sein Recht verloren.

Andere Gerüchte wollen wissen, dass die Wirtschaftsführung eine Zwangsumwandlung von Festgeldern über $ 30.000 in Staatsbonds plant, was durch Präsident de la Rúa dementiert wurde. In justizialistischen Kreisen wird über eine sogenannte „Pesifizierung“ (mit Verlaub des Neologismus) gefaselt, indem per Gesetz alle Schulden in Dollar auf Pesos umgewandelt werden, damit die nachfolgende Abwertung eine entsprechende Verwässerung der Schulden bewirke. Gouverneur José Manuel de la Sota von Córdoba, der neuerdings unter Kassennot leidet und dessen Privatisierung der Provinzbank inzwischen gescheitert ist, setzt sich angebliche für dieses Hirngespinst ein.

Sein Kollege Carlos Ruckkauf von Buenos Aires empfiehlt eine sogenannte dritte nicht konvertierbare Währung in Gestalt der umlaufenden Provinzbonds sowie ein uferloses Defizit, indem die MwSt. von 21% auf 15% gesenkt werde, was freilich auf Jahresbasis rund $ 6,0 Mrd. Steuerverluste nach sich ziehen würde. Laut Ruckauf kann eine Wirtschaft nur mit Defizit wachsen, welche Äusserung er sich auf der erwähnten Feier von IBM leistete. Präsident de la Rúa wies ihn umgehend zurecht, indem er darauf verwies, dass ausgegliche Staatsfinanzen die Wirtschaft ankurbeln. Die Beispiele von Chile, Irland und Portugal, um nur wenige Länder zu erwähnen, mit denen sich Argentinien vergleichen kann, zeugen von der Richtigkeit dieser These.

ZB hilft argentinischen Banken

Die Zentralbank hat verfügt, dass bei Depositenzunahmen ab 1. Dezember 75% des Betrages als Reserve bei der ZB hinterlegt werden muss, so dass ein Fonds angesammelt wird, der zur Stützung lokaler Banken eingesetzt wird, die durch Depositenschwund geschädigt worden sind. In der Tat hat die jüngste Bankenregulierung zu einem tiefen Misstrauen der Sparer geführt, die sofort Depositen bei Banken abzogen, die sich in lokalem Besitz befinden, und sie bei solchen deponierten, die internationalen Rückhalt haben. Mehrere Banken gerieten dabei in Schwierigkeiten, besonders die einzige Grossbank, die in argentinischen Händen verbleibt, die Banco de Galicia. Wenn einmal ein „run“ auf bestimmte Banken einsetzt, ist er nicht mehr aufzuhalten. Die Massnahme erscheint jedoch insofern sinnwidrig, als die gesamthafte Depositenzunahme, die dringend notwendig ist, jetzt keine Anreize hat, da es für die Banken kein Geschäft ist, zusätzliche Depositen aufzunehmen. Sie müssten dann eine sehr hohe Marge haben, um ihre Kosten zu decken, also absurd hohe Zinsen fordern.

Der Dirigismus, den Cavallo beim Banksystem eingeführt hat, zwingt stets zu neuen Massnahmen. Das ist der Fluch, der ihm innewohnt. 1982, als Cavallo einige Monate ZB-Präsident war, hat er dies schon vorexerziert, indem er jeden Tag mit einer Fülle von Resolutionen aufwartete, mit denen er die Folgen der vorangehenden zu korrigieren versuchte. Das Verordnungsgewebe wurde damals so kompliziert, dass das Publikum und auch die Banken grösste Mühe hatten, sich darin auszukennen. Auch jetzt haben die Banken grosse Schwierigkeiten mit der Anwendung der ZB-Regelungen, die jeweils zur Änderung der Computerprogramme zwingen und den Beamten eine gewaltige zusätzliche Arbeit auferlegen, u.a. auch die, den Kunden all dies zu erklären.

Diese Sterilisierung eines grossen Teils der Depositen führt indirekt zum System der Depositenzentralisierung (in Argentinien als Nationalisierung der Depositen bekannt, was eine falsche Bezeichnung ist), die wir ab 1948 schon erlebt haben und die Cavallo in anderer Form 1982 wieder einführte. Die Depositen werden von den Banken für Rechnung der ZB entgegengeno-mmen, und diese verteilt dann die für Kredite verfügbaren Beträge an die einzelnen Banken, ohne die Proportionalität zwischen Depositen und Krediten bei den einzelnen Banken zu achten. In der ersten Regierung Peróns wurde dies so gehandhabt, dass die staatlichen Banken mehr Mittel auf Kosten der privaten Banken erhielten.

Das Banksystem fusst auf Vertrauen, und die Sparer sind in Argentinien sehr sensibel. Gewiss nicht ohne Grund, nach all dem, was man ihnen in den letzten Jahrzehnten angetan hat. Die jüngsten Massnahmen hatten daher allerlei negative Folgen, die die ZB jetzt zu korrigieren versucht, wie eben eine stärkere Konzentration der Depositen bei Auslandsbanken. Aber die wichtigste negative Folge ist der Abfluss von Spargeldern und eine Tendenz zur erhöhten Haltung von Reserven der Sparer in Dollarnoten oder in Depositen in Banken in Uruguay (die in den letzten Tagen einen starken Depositenzufluss registrieren), den USA und anderswo. Es ist klar, dass unter diesen Umständen nicht mit einer Rückkehr der Spargelder zu rechnen ist, die in diesem Jahr, besonders nach der erweiterten Konvertibilität, abgeflossen sind. Cavallo rechnet, dass die Verringerung der Fristdepositen durch die Zwangsdepositen mehr als ausgeglichen wird, die durch die Auszahlung von Löhnen, Gehältern und Renten über Sparkonten entstehen, wobei auch die Förderung der Zahlungen über Belastungskarten sich in diesem Sinn auswirkt.

War diese Einfrierung der Depositen, mit Beschränkung der Barabhebungen, notwendig? Gewiss nicht. Beim Ansturm auf die Depositen, der vor drei Wochen eingesetzt hat und am 30. November mit einer Abnahme von $ 1,3 Mrd. seinen Höhepunkt erreichte, hätte die Regierung ganz anders vorgehen müssen. Die Banken mit ausländischem Rückhalt hätten eben Mittel aus ihren Mutterhäusern überweisen müssen. Keine dieser Banken hätte ihre lokale Filiale fallen gelassen, da dies der Bank weltweit geschadet hätte. Die starke Präsenz ausländischer Banken, die nach der „Tequila-Krise“ von 1995 eingetreten ist,

verleiht dem lokalen System besonders in Krisenmomenten viel mehr Solidität. Diesen Vorteil hat Cavallo jedoch nicht zu nutzen gewusst. Was die staatlichen Banken betrifft, so sind sie durch den Depositenabfluss ohnehin weniger betroffen und müssen vom Staat (Nationalstaat im Fall des Banco Nación und Provinzstaat Buenos Aires im Fall der Provinzbank BAPRO) gestützt werden. Die zahlreichen Banken ohne internationalen Rückhalt haben gesamthaft einen sehr geringen Anteil an den Depositen, wobei die ZB sie ohne Schwierigkeiten gestützt haben könnte. Hätte die Regierung somit die Krise durchgestanden, hätte sich die Lage wohl bald normalisiert. Statt dessen hat Cavallo zu dirigistischen Massnahmen gegriffen, die das Grundproblem nicht lösen, sondern bestenfalls vertuschen, und gleichzeitig die Weltuntergangsstimmung, die gegenwärtig in Argentinien vorherrscht, weiter nähren.